



08.05.2008 - 13:50 Uhr

## Eidg. Abstimmung vom 1. Juni 2008: Gesundheitsfachleute aus dem Kanton Bern sagen NEIN zum Verfassungsartikel

Bern (ots) -

Fachleute aus Pflege, Medizin, Spitälern und Gesundheitspolitik engagieren sich gemeinsam im kantonalen NEIN-Komitee gegen die Vorlage "Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung". Ziel des Komitees ist, einen völlig unnötigen Verfassungsartikel zu verhindern, der das Tor zu "alle Macht den Krankenkassen" weit öffnet.

Gesundheitsfachleute aus dem Kanton Bern wenden sich gemeinsam gegen die Vorlage vom 1. Juni. Unter dem Motto "mehr Wettbewerb" sollen in naher Zukunft die freie Wahl der Leistungserbringer, also der Ärztinnen und Ärzte, aber auch der Spitäler abgeschafft und den Krankenkassen unter Ausschluss der Kantone fast uneingeschränkte Machtbefugnisse eingeräumt werden. Chronischkranke und Pflegebedürftige sind von der vorgeschlagenen Verfassungsänderung am meisten betroffen. Die Erfahrung zeigt, dass die Absicht der Kassen dahin geht, nur die "billigsten" Leistungserbringer zuzulassen. Das sind vor allem jene mit den geringsten Fallkosten, also solche, die möglichst viele Patientinnen und Patienten mit wenig Aufwand behandeln. Die Annahme der Vorlage hätte auch zur Folge, dass die Pflege zu Hause und im Pflegeheim nicht mehr zwingend von der Grundversicherung gedeckt werden müsste.

Diese Tendenzen bereiten den Gesundheitsfachleuten aus dem Kanton Bern Sorgen. Das Komitee setzt sich zusammen aus der Berner Ständerätin und Gesundheitspolitikerin Simonetta Sommaruga, der Präsidentin des Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK, Barbara Dätwyler, dem Präsidenten der Aerztegesellschaft des Kantons Bern, Jürg Schlup sowie dem Berner Grossrat und Arzt Daniel Pauli, Verwaltungsratspräsident der Spital Netz Bern AG.

Mehr Macht für die Krankenkassen senkt weder automatisch die Kosten noch verbessert sie die Qualität im Gesundheitswesen. Vielmehr resultiert ein Preisdruck ohne Qualitätskontrolle. Die Zulassung medizinischer Leistungserbringer alleine über den Preis birgt für Patientinnen und Patienten die Gefahr der Selektionierung. Die freie Wahl der Ärztinnen, Ärzte und der Spitäler ist ein wichtiges Anliegen, das von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. Kritisiert wird auch die unsorgfältige Erarbeitung der Vorlage, die Verunsicherung schafft und bisher unbestrittene Leistungen - zum Beispiel bei der Pflege - plötzlich in Frage stellt.

Die Gesundheitsfachleute aus dem Kanton Bern engagieren sich aus all diesen Gründen aktiv gegen die patientenfeindliche Vorlage. Ärztinnen und Ärzte, Pflegende sowie die Politik tragen eine besondere Verantwortung für die Anliegen der Patienten. Dazu gehören auch ökonomische Aspekte und Fragen der Finanzierung. Es ist darum allen Beteiligten ein Anliegen, über die Abstimmung vom 1. Juni hinaus Hand zu bieten zu sinnvollen Reformen des Gesundheitswesens, die durch echte Qualitätsvergleiche endlich Wettbewerb und Transparenz ermöglichen. Diese Reformen sind mit den vorhandenen gesetzlichen Grundlagen durchaus realisierbar.

Kontakt:

Ständerätin Simonetta Sommaruga

Tel.: +41/78/812'11'65

Barbara Dätwyler, Präsidentin Schweizer Berufsverband der  
Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK, Sektion Bern  
Tel.: +41/31/380'54'64  
Mobile: +41/79/256'26'15

Dr. Jürg Schlup, Präsident Ärztesgesellschaft des Kantons Bern  
Tel.: +41/79/653'96'74

Grossrat Dr. Daniel Pauli, Verwaltungsratspräsident der Spital  
Netz Bern AG  
Tel.: +41/31/971'64'52  
Mobile: +41/79/404'86'74

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100013736/100561018> abgerufen werden.